



Nr. 461 | 25.02.2025

## Russland-Analysen

### Russlands Krieg gegen die Ukraine: Umfrageergebnisse/Rolle der russischen Exilopposition

■ <b>ANALYSE</b>	
Russland im Security Radar 2025	2
Elena Josten und Benedikt Unkel (beide FES Regionalbüro für internationale Zusammenarbeit und Frieden, Wien)	
■ <b>ANALYSE</b>	
Opposition – aber gegen wen und wogegen? Zu den Motiven der ukrainischen Skepsis gegenüber der russischen Exilopposition	10
Boris Ginzburg (Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin)	
■ <b>UMFRAGEN</b>	
Einstellungen in der Ukraine gegenüber Russland und der russischen Antikriegsopposition	15
<hr/>	
■ <b>CHRONIK</b>	
Hinweis auf die Online-Chronik	17

## Russland im Security Radar 2025

Elena Josten und Benedikt Unkel (beide FES Regionalbüro für internationale Zusammenarbeit und Frieden, Wien)

DOI: 10.31205/RA.461.01

### Zusammenfassung

Der Security Radar 2025 zeigt: Die sicherheitspolitischen Einstellungen der russischen Befragten vermitteln den Eindruck eines selbstbewussten Landes, das sich seiner gegenwärtigen Rolle in den internationalen Beziehungen und der kriegsbedingten Umwälzungen der internationalen geopolitischen Lage bewusst ist. Die Bürger:innen haben die geopolitische Wende nach Osten mehrheitlich vollzogen – im Einklang mit ihrer Staatsführung. Dennoch ist das Meinungsbild nicht homogen, und gerade die genaue Analyse der Ergebnisse offenbart spannende Erkenntnisse, denn in Russland lässt sich weiterhin eine gewisse Meinungsvielfalt beobachten: Während 62 Prozent der Befragten glauben, dass Russland durch den Krieg stärker geworden sei, halten 52 Prozent der unter Vierzigjährigen es für akzeptabel, wenn Russland die ukrainische Souveränität anerkennen würde. Zudem wünscht sich die russische Bevölkerung mehrheitlich Verhandlungen. 41 Prozent der Befragten glauben, dass der Krieg durch einen diplomatischen Kompromiss beendet wird. Es zeigt sich auch, dass sich das Weltbild der Russ:innen stark in Abhängigkeit von ihrem Medienvertrauen unterscheidet.

### Herausforderungen der Datenerhebung in Kriegszeiten

Der Security Radar 2025 ist die vierte Ausgabe einer repräsentativen Meinungsumfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung, die seit 2019 in ausgewählten OSZE-Ländern durchgeführt wird. Die Umfragen wurden im September 2024 in 14 Ländern durchgeführt, darunter Deutschland, Frankreich, Russland, die Ukraine und die USA.

Die Umfrage erfasst Einstellungen zu außen- und sicherheitspolitischen Themen mit einem besonderen Fokus auf den Krieg gegen die Ukraine und dessen Auswirkungen auf die europäische Sicherheit. Der Security Radar beleuchtet die Wahrnehmung gegenseitiger Bedrohungen, die Einstellungen zu nationalen und multilateralen Institutionen sowie außenpolitische Prioritäten.

Repräsentative Erhebungen in Kriegszeiten stellen eine Herausforderung dar und bedürfen einer vorsichtigen Interpretation. Der Krieg hat auch Russlands gesellschaftliche Struktur verändert: Hunderttausende Männer wurden eingezogen, während vulnerable Gruppen mit den Folgen von Sanktionen und wirtschaftlicher Unsicherheit kämpfen. Zudem liegt eine erhöhte Wahrscheinlichkeit sozial erwünschter Antworten vor, welche die Ergebnisse unter Umständen verzerren können. Trotz dieser Schwierigkeiten bleibt die Durchführung von Umfragen in Russland und der Ukraine für das Verständnis der europäischen Sicherheitslage unerlässlich. Die beauftragten Meinungsforschungsinstitute haben ihre Methoden an die Kriegsbedingungen angepasst. Für die Datenerhebung in Russland wurde ein unabhängiges Institut engagiert, dessen Identität jedoch aus Sicherheitsgründen vertraulich bleibt, um das Risiko einer Strafverfolgung aufgrund des Status der Friedrich-Ebert-Stiftung als »unerwünschte Organisation«

in Russland zu vermeiden. Die Umfrage wurde per Telefon durchgeführt, wobei der Fragebogen gekürzt und einige Begriffe angepasst wurden, um die Sicherheit der Befragten zu gewährleisten und politische und strafrechtliche Umstände zu berücksichtigen (so wurde beispielsweise der Begriff »militärische Spezialoperation« anstelle von »russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine« verwendet).

### Wahrnehmung der innenpolitischen Lage in Russland

80 Prozent der Befragten in Russland geben an, über die Zukunft besorgt zu sein. Die Meinungen über die wirtschaftliche Lage im Land sind geteilt: 47 Prozent rechnen nicht mit einer Verschlechterung, 46 Prozent hingegen schon, wobei die jüngeren Befragten größere Bedenken äußern. Die russische Wirtschaft hat sich als anpassungsfähig und widerstandsfähig gegenüber dem Krieg und den anschließenden Sanktionen erwiesen. Allerdings ist der Rubel stark gefallen, was die Importe verteuert und die russische Wirtschaft belastet.

Die Wahrnehmung des internationalen Ansehens Russlands ist gespalten: 54 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass ihr Land in der Welt nicht den Stellenwert genießt, den es ihrer Meinung nach verdient hat. Dagegen glauben 38 Prozent, dass Russland die ihm gebührende Anerkennung erfährt – ein Wert, der leicht über dem Gesamtdurchschnitt aller Länder der Umfrage (32 Prozent) liegt.

Die Hälfte der befragten Russ:innen ist der Ansicht, dass ihr Wohlstand eng an den Wohlstand anderer Länder gekoppelt ist, trotz der Sanktionen, die als Reaktion auf den Krieg gegen die Ukraine verhängt wurden und darauf abzielen, Russland zu isolieren.

## Die Wahrnehmung der Welt

Auch wenn die russische Perspektive von der der anderen Befragten abweicht, gibt es doch gemeinsame Anliegen. Die Meinungen der russischen Befragten unterscheiden sich also, aber nicht so sehr, wie man auf Anhieb erwarten würde.

Ein Unterschied in der russischen öffentlichen Meinung ist die klare Ablehnung einer stärkeren Rolle internationaler Organisationen. Die Vereinten Nationen werden mit 51 Prozent Zustimmung am positivsten beurteilt, was leicht über dem Wert in Deutschland (48 Prozent) liegt, aber unter dem länderübergreifenden Durchschnitt der Umfrage. Die OSZE folgt dicht dahinter mit 48 Prozent Zustimmung. Es überrascht nicht, dass eine größere Rolle der NATO auf überwältigende Ablehnung stößt (70 Prozent).

Die Ansichten der Russ:innen zur globalen Machtdynamik zeigen, dass sie an ein Ende der westlichen Vorherrschaft glauben. Während der Westen im Allgemeinen als Feind angesehen wird, nehmen die Befragten die USA in weitaus stärkerem Maße als Gegner wahr als die EU. Dies spiegelt sich auch in der Wahrnehmung widersprüchlicher Interessen zwischen Russland und den USA (84 Prozent) und Russland und der EU (68 Prozent) wider. Bemerkenswert ist, dass sich beide Werte seit der letzten Umfrage nahezu verdoppelt haben, was auf eine zunehmende konfrontative Grundstimmung in der internationalen Zusammenarbeit hindeutet, welche zunehmend von Misstrauen und Rivalität geprägt ist.

Die USA bleiben in den Augen der Befragten der »Hauptgegner«. Eine Mehrheit glaubt, dass die Ära der amerikanischen Vorherrschaft vorbei ist. Auch die Zusammenarbeit mit den USA wird von fast 70 Prozent abgelehnt. Mit überwältigender Mehrheit sehen die Russ:innen die USA (55 Prozent) als Bedrohung für ihr Land an, mit großem Abstand gefolgt vom Vereinigten Königreich (10 Prozent). Die russische Propaganda spiegelt sich auch in der Wahrnehmung der Ukraine wider: obwohl die Ukraine russische Gebiete in Kursk besetzt hält und russische Infrastruktur angegriffen wird, betrachten nur 4 Prozent die Ukraine als nationale Bedrohung – ein Wert, der auf dem gleichen Niveau wie dem von China liegt. Die NATO und die EU werden nur von einem verschwindend geringen Prozentsatz genannt. Etwa 1 Prozent erwähnt, dass Russland sein eigener Feind sei.

Das Image der EU ist im Allgemeinen positiv, auch wenn die Meinungen differenziert ausfallen. Bemerkenswert ist, dass die Identifizierung mit der europäischen Kultur in Russland trotz der zunehmenden Distanzierung von der EU aufgrund des Krieges gegen die Ukraine weiterhin bestehen bleibt (69 Prozent, gegenüber 65 Prozent im Jahr 2021). Während 77 Prozent der Meinung sind, dass die EU-Politik den russischen Interessen zuwiderläuft, ist die Einstellung zu einer verstärkten Zusam-

menarbeit geteilt (48 Prozent sind dagegen und 45 Prozent dafür). Die Russ:innen glauben nicht, dass die EU zu einer Weltmacht wird und lehnen eine größere Rolle der EU in der Zukunft ab (54 Prozent sind dagegen). Der EU wird von den Russ:innen jedoch militärische Stärke zugeschrieben, denn 68 Prozent sind der Ansicht, dass die EU sich auch ohne Unterstützung der USA verteidigen könnte, mehr als doppelt so viele wie der Durchschnitt der befragten europäischen Länder (32 Prozent). Dies ist Ausdruck der Tendenz, dass die EU von außen als mächtiger wahrgenommen wird als von der Bevölkerung ihrer eigenen Mitgliedstaaten. Der Security Radar zeigt, dass sich Russland als Reaktion auf die internationalen Sanktionen verstärkt nach Osten orientiert. Die befragten Russ:innen befürworten eine vertiefte Kooperation mit China, und fast 80 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Interessen Russlands und Chinas nicht im Widerspruch zueinander stehen.

Bemerkenswert ist, dass fast 70 Prozent der Russ:innen ihr Land als neue Führungsmacht unter den nicht-westlichen Ländern sehen, der höchste Wert unter allen Ländern in der Studie, verbunden mit einem »my country first«-Ansatz, in welchem nationale Interessen priorisiert werden sollen. Allerdings erwarten weniger Russ:innen als im Durchschnitt der Umfrage, dass sich die Welt in eine Ära von »my country first« bewegt (45 Prozent gegenüber 73 Prozent).

Die Russ:innen erwarten eine Zeit der Kriege und Konflikte (58 Prozent). Eine beträchtliche Mehrheit (62 Prozent) befürchtet, dass Russland in Zukunft von Kriegen und Konflikten betroffen sein wird, auch wenn dies etwa zehn Prozentpunkte unter dem Durchschnitt in der Studie liegt (73 Prozent). Allerdings erwarten nur 29 Prozent der Russ:innen einen neuen Weltkrieg. Ihre Sorge gilt den Spannungen zwischen Russland und dem Westen, denn 64 Prozent halten neue Kriege in Europa aufgrund dieser wachsenden Spannungen für wahrscheinlich. Etwa 61 Prozent der Befragten erwarten eine direkte militärische Konfrontation zwischen Russland und dem Westen. Dies ist wesentlich höher als der Durchschnitt von 48 Prozent in der EU, dem Vereinigten Königreich und den USA und zeigt, dass die Besorgnis in Russland größer ist. Außerdem sehen 57 Prozent einen neuen Kalten Krieg voraus, eine Ansicht, die von 54 Prozent der Befragten in den USA geteilt wird.

64 Prozent der Befragten, der höchste Anteil in der Umfrage, sind der Ansicht, dass das Völkerrecht an Relevanz verloren hat und zunehmend missachtet wird. Die Russ:innen unter 30 Jahren haben noch etwas mehr Vertrauen in die Einhaltung des Völkerrechts (39 Prozent). Dies ist besonders im Kontext von Putins Militärpolitik bemerkenswert: Der russische Einmarsch in die Ukraine ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht, wie bereits der Internationale Gerichtshof am 16. März 2022 urteilte.

## Die Wahrnehmung des Krieges gegen die Ukraine

Die russische Wahrnehmung des Krieges steht in starkem Kontrast zur internationalen Sichtweise. Nur Serb:innen haben eine ähnliche Einstellung.

Russland annektierte 2014 völkerrechtswidrig die Krym und marschierte im Februar 2022 in die Ukraine ein. Auf die Frage nach den Gründen für den Krieg nennen die Befragten den Schutz der russischen Interessen (37 Prozent), den Kampf gegen den Faschismus (23 Prozent) und den Schutz der russischsprachigen Bevölkerung im Donbas (21 Prozent).

Etwa 73 Prozent der befragten Russ:innen machen die USA für den Krieg verantwortlich, ein deutlicher Anstieg gegenüber 51 Prozent im Jahr 2021. Dies entspricht der russischen Propaganda, die den Westen als Aggressor darstellt. Danach folgen die EU (32 Prozent) und die Ukraine (30 Prozent) mit fast gleichen Anteilen, wenn auch mit einem deutlichen Rückgang im Vergleich zu 55 Prozent im Jahr 2021. Im Gegensatz zur europäischen und amerikanischen Sichtweise sehen jedoch nur 22 Prozent Russland in der Verantwortung, bei den Befragten unter 30 Jahren sind es sogar 44 Prozent. Nur geringfügig weniger als im Vergleich zu den Europäer:innen sind der Meinung, dass die Beendigung des Krieges entscheidend für die Verbesserung der europäischen Sicherheit ist (62 Prozent).

Wie erwartet lehnt eine Mehrheit der Russ:innen die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO oder der EU ab. Nur Serb:innen teilen diese Ansicht, während alle anderen befragten Nationen eine eher positive Haltung einnehmen. Etwa 69 Prozent der Russ:innen sehen in der NATO-Erweiterung eine Bedrohung für die europäische Sicherheit, während 51 Prozent ähnliche Bedenken hinsichtlich der EU-Erweiterung hegen. So wird vor allem die NATO (bzw. die USA) als »Hauptgegner« gesehen und viel weniger die EU.

Putins Propaganda prägt die öffentliche Meinung in Russland, wengleich die russischen Befragten einige Wahrnehmungen mit anderen befragten Nationen teilen. Dies deutet auf einige Gemeinsamkeiten hin. So ist beispielsweise mit 65 Prozent die Sorge vor einer nuklearen Eskalation weit verbreitet. Etwa 45 Prozent der Russ:innen glauben nicht, dass der Krieg innerhalb der nächsten 12 Monate beendet wird. Dies liegt sogar noch über dem Durchschnitt der Gesamtstudie von 37 Prozent. Bemerkenswert ist, dass selbst in Russland nur 36 Prozent der Befragten glauben, dass Russland militärisch siegen wird. Sie glauben ebenso wie die Befragten in anderen Ländern, dass der Krieg durch eine diplomatische Lösung beendet werden kann.

In Russland wächst die Einsicht, dass es an der Zeit ist, Verhandlungen aufzunehmen. Demnach ist zu erwarten, dass die in Riad geführten Gespräche zwischen hochran-

gigen Chefdiplomaten der USA und Russlands in Russland auf Zustimmung stoßen – auch wenn sie offiziell nur als »Gespräche über die Ukraine« deklariert wurden. Rund 76 Prozent sehen es als inakzeptabel an, überhaupt keine Verhandlungen zu beginnen. Mehr als die Hälfte (54 Prozent) würde Verhandlungen ohne Vorbedingungen akzeptieren. Zu den annehmbarsten Bedingungen zur Aufnahme von Verhandlungen gehören die Freilassung aller Kriegsgefangenen durch die Ukraine (89 Prozent) und die Einstellung der Kampfhandlungen (82 Prozent) sowie die Anerkennung der Souveränität Russlands über die annektierten Gebiete durch die Ukraine (73 Prozent). Eine Mehrheit hält es jedoch für nicht hinnehmbar, dass Russland alle Truppen abziehen muss (63 Prozent). Die Einstellung zu international vermittelten Verhandlungen sind gemischt (50 Prozent sehen dies als nicht hinnehmbar an, 41 Prozent als hinnehmbar), was angesichts des historisch gewachsenen Widerstands Russlands gegen eine externe Einmischung in seine Sicherheitsangelegenheiten bemerkenswert ist. Dennoch könnte diese partielle Bereitschaft zur Diplomatie als Grundvoraussetzung für künftige Friedensbemühungen gedeutet werden.

Trotz der Sanktionen und der daraus resultierenden Isolationspolitik vor allem der EU und der USA gegenüber Russland sind 62 Prozent der Meinung, dass Russland durch den Krieg gestärkt wurde. Diese Ansicht spiegelt sich in der Wahrnehmung Chinas wider, das 54 Prozent als gestärkt ansehen. Im Gegensatz dazu werden die USA, die NATO und die EU allgemein als geschwächt oder unverändert angesehen.

## Blick nach vorne

Mit Blick auf die nächsten fünf Jahre sind die Russ:innen nach wie vor optimistisch, was ihr eigenes Land betrifft (57 Prozent), eine Einschätzung, die im Vergleich zu 2021 (18 Prozent) deutlich gestiegen ist. In Bezug auf Europa sind sie deutlich pessimistischer, während ihre Aussichten für die globalen Entwicklungen gemischt sind (34 Prozent erwarten eine Verschlechterung, 33 Prozent eine Verbesserung).

Die russischen Befragten verfolgen gleichzeitig eine pragmatische und interventionistische Haltung. Sie legen den Fokus auf ihr eigenes Wohlergehen und bevorzugen eine Zurückhaltung in internationalen Angelegenheiten (56 Prozent). Sie befürworten am stärksten die Zusammenarbeit mit allen Ländern, auch mit jenen, die ihre Werte nicht teilen, solange dies zur Friedensförderung beiträgt (76 Prozent). Die Zustimmung zu militärischen Interventionen ist von 37 Prozent im Jahr 2021 auf 47 Prozent gestiegen, während sich 45 Prozent weiterhin dagegen aussprechen.

Diplomatische Verhandlungen werden von einer überwältigenden Mehrheit (87 Prozent) als legitim angesehen. Nur 34 Prozent halten Wirtschaftssanktionen

und 29 Prozent militärische Interventionen für legitim. Die Ablehnung von Sanktionen lässt sich auf die Auswirkungen des derzeitigen Sanktionsregimes auf das tägliche Leben der Menschen zurückführen.

Putins neue Nukleardoktrin hat die Hürde für den Einsatz von Atomwaffen gesenkt. Russland signalisiert durch Drohungen und den möglichen Einsatz von Atomwaffen eine erhöhte Bereitschaft zur Eskalation. In diesem Zusammenhang ist die Einstellung der Befragten zu Atomwaffen besonders besorgniserregend. Während 67 Prozent den Einsatz von Atomwaffen ablehnen, betrachten 16 Prozent sie als »letztes Mittel«. 17 Prozent erachten sie als notwendig, um lebenswichtige Interessen zu verteidigen, der höchste Anteil im diesjährigen Security Radar.

Die Befürwortung einer Erhöhung der Militärausgaben ist mit 67 Prozent so hoch wie nie zuvor in der Studie und mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 2021 (32 Prozent). Bei der Frage nach der Priorisierung von Sozial- und Wirtschaftsausgaben (45 Prozent) oder Verteidigungsausgaben (44 Prozent) lagen die Antworten der Befragten fast gleichauf. Dies ist ein bedeutender Unterschied zur Ukraine, wo die Verteidigungsausgaben die höchste Priorität haben. Eine Mehrheit befürwortet die Finanzierung der Verteidigung durch eine Sonderabgabe für Reiche, während nur 9 Prozent Kürzungen bei den Sozial- und Wirtschaftsausgaben befürworten – der niedrigste Wert in der Umfrage.

### Mediennutzung und Einstellungen

Die Medien werden in Russland vom Staat streng kontrolliert, unabhängiger Journalismus ist fast nicht mehr möglich. Bereits vor dem Krieg gegen die Ukraine gab es massive Eingriffe in die Pressefreiheit, etwa durch Zensurgesetze, staatliche Propaganda und die Einschüchterung kritischer Journalist:innen. Nach dem Einmarsch in die Ukraine hat sich diese Situation noch weiter verschärft, viele unabhängige Journalist:innen und Medien sahen sich gezwungen, das Land zu verlassen. Gleichzeitig wurden ausländische soziale Medien und Webseiten blockiert, um alternative Informationsquellen zu unterdrücken. Die staatliche Kontrolle der Medienlandschaft führt dazu, dass die russische Bevölkerung in erster Linie staatlich gelenkte Informationen konsumiert, was eine differenzierte Meinungsbildung erheblich erschwert.

Diese Entwicklungen haben ebenso die öffentliche Wahrnehmung der Objektivität der Medien deutlich verändert: Der Anteil der Befragten, der die Medien für parteiisch hält, ist von 53 Prozent im Jahr 2021 auf 33 Prozent gesunken, während die wahrgenommene Objektivität der Medien von 33 Prozent im Jahr 2021 auf 61 Prozent gestiegen ist. 47 Prozent der befragten Russ:innen geben das Fernsehen als ihre Haupt-

informationsquelle für Nachrichten an. Inzwischen beziehen 40 Prozent ihre Informationen aus sozialen Medien, wobei Telegram bei jüngeren Befragten besonders beliebt ist. Befragte, die Online-Medien nutzen, empfinden die Medienberichterstattung häufiger als einseitig (etwa 85 Prozent), während diejenigen, die sich auf Fernsehen, Radio oder Printmedien verlassen, diese als objektiver ansehen (etwa 80 Prozent). Soziale Medien werden in ihrer Berichterstattung als ausgewogener wahrgenommen.

Die Daten des Security Radars 2025 zeigen deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung des Krieges durch die Russ:innen abhängig davon, wie sie die Objektivität der Medien einschätzen. Diejenigen, die den »objektiven« Medien vertrauen, nennen als Gründe für die Invasion den Schutz der russischen Interessen, den Kampf gegen den Faschismus und die Verteidigung der russischsprachigen Bevölkerung im Donbas. Diejenigen, die die Medien als parteiisch wahrnehmen, geben häufig »Ich weiß es nicht« als Antwort an oder nennen Motive wie das Streben nach globaler Macht. In Bezug auf den Ausgang des Krieges gehen die Befragten, die sich auf die Objektivität der Medien verlassen, von einem militärischen Sieg Russlands aus, während die anderen weder eine Lösung noch eine diplomatische Einigung erwarten.

Die staatliche Propaganda zeigt Wirkung. Aber sie hat ihre Grenzen: Wer den staatlich kontrollierten oder als vermeintlich objektiv geltenden Medien vertraut, neigt dazu, die Sicht der Regierung auf die Invasion zu teilen und einen militärischen Sieg Russlands zu erwarten. Wer die Berichterstattung hingegen als einseitig wahrnimmt, zeigt sich skeptischer und hinterfragt die Regierungsnarrative.

### Fazit

Die breite Akzeptanz einer diplomatischen Lösung und der Wunsch nach Verhandlungen könnten es dem russischen Regime erleichtern, sich auf Verhandlungen einzulassen. Zumindest vor der eigenen Bevölkerung hätte das Regime keinen Gesichtsverlust zu befürchten. Dieser Spielraum könnte sogar Zugeständnisse ermöglichen. Ob dieser Spielraum genutzt wird, hängt letztlich von den Interessen der russischen Machtelite ab. Der autoritäre Charakter des russischen Staates mindert den Einfluss der öffentlichen Meinung. Dies macht Entscheidungsprozesse in der Regel sehr intransparent. Dennoch geben Umfragen einen Einblick in die Grundstimmung der Bevölkerung, die auch in Autokratien berücksichtigt werden muss. Die Ergebnisse des diesjährigen Security Radar können zumindest als leichter Rückenwind für erste Schritte des Regimes in Richtung Verhandlungen gewertet werden.

*Informationen über die Autor:innen und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.*

*Über die Autor:innen*

*Elena Josten* ist Absolventin des Masters für Internationale Entwicklung an der Universität Wien.

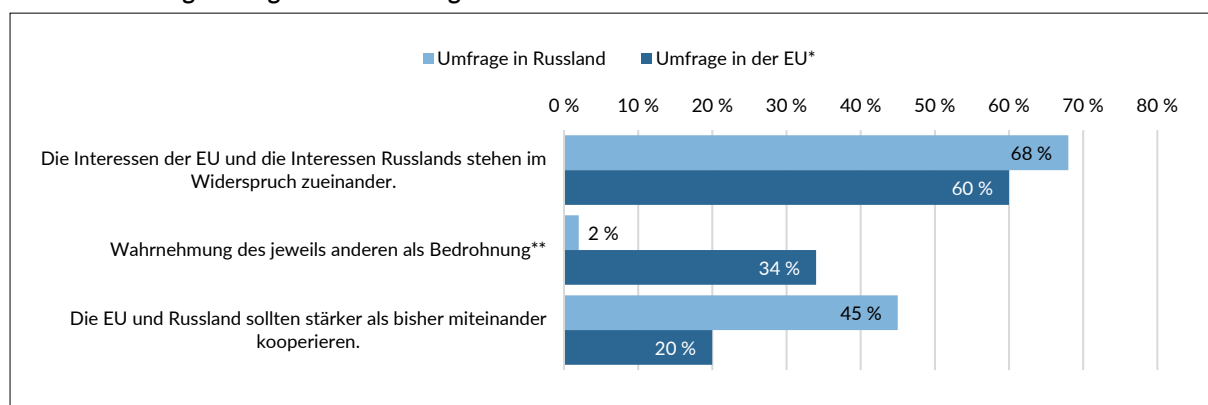
*Benedikt Unkel* ist Bachelorstudent für Politikwissenschaft an der Universität Mannheim.

*Lesetipps*

Einschlägige Veröffentlichungen des FES Regionalbüro für internationale Zusammenarbeit und Frieden in Wien:

- Security Radar 2025: Europe – Lost in Geopolitics, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21865.pdf>.
- Spotlight: What ‘America Made Great Again’ Might Mean for European Security, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21602.pdf>.
- Spotlight: Georgia’s look to the future, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21640.pdf>.
- Spotlight: The ongoing German Zeitenwende, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21779.pdf>.
- Spotlight: Negotiations Yes, But on Our Terms!, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21742.pdf>.

**Grafik 1: Gegenseitige Wahrnehmung von Russland und der EU\***

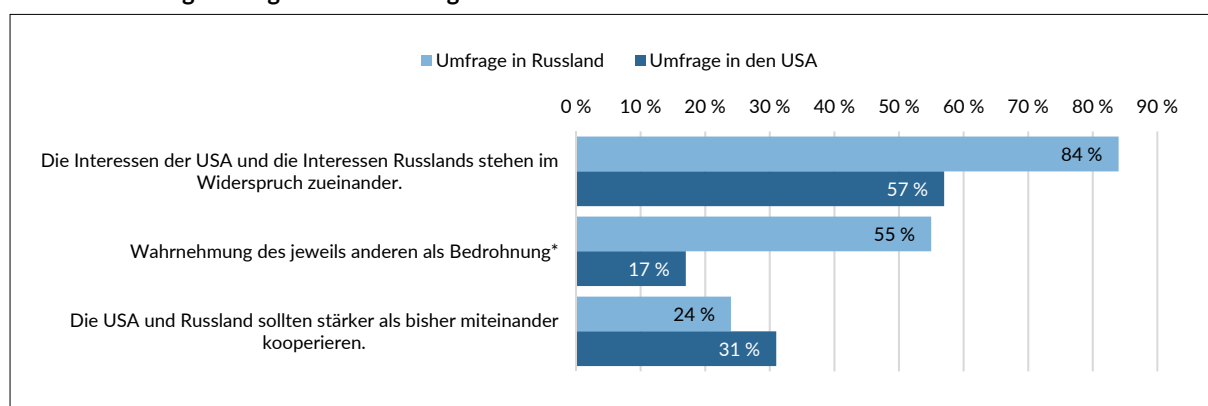


\* Durchschnitt von Deutschland, Italien, Polen, Frankreich, Schweden und Lettland

\*\* Gibt es ein Land, das eine Bedrohung für Ihr Land darstellt? (offene Frage)

Quelle: Länderprofil Russland, Security Radar 2025: Europe lost in Geopolitics. FES Regional Office for International Cooperation & Peace, <https://peace.fes.de/security-radar-2025/country-profiles/russia.html>.

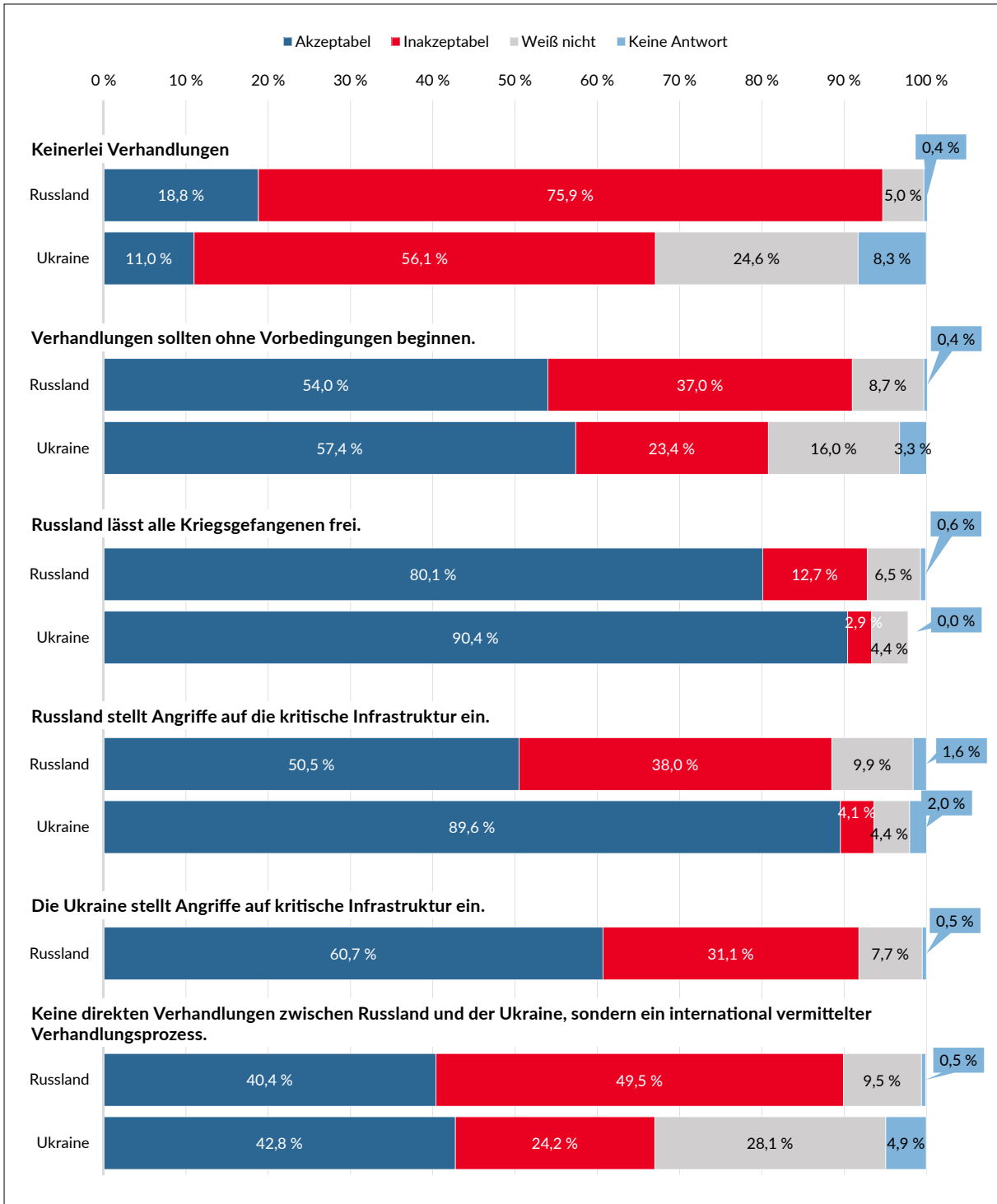
**Grafik 2: Gegenseitige Wahrnehmung von Russland und den USA**



\* Gibt es ein Land, das eine Bedrohung für Ihr Land darstellt? (offene Frage)

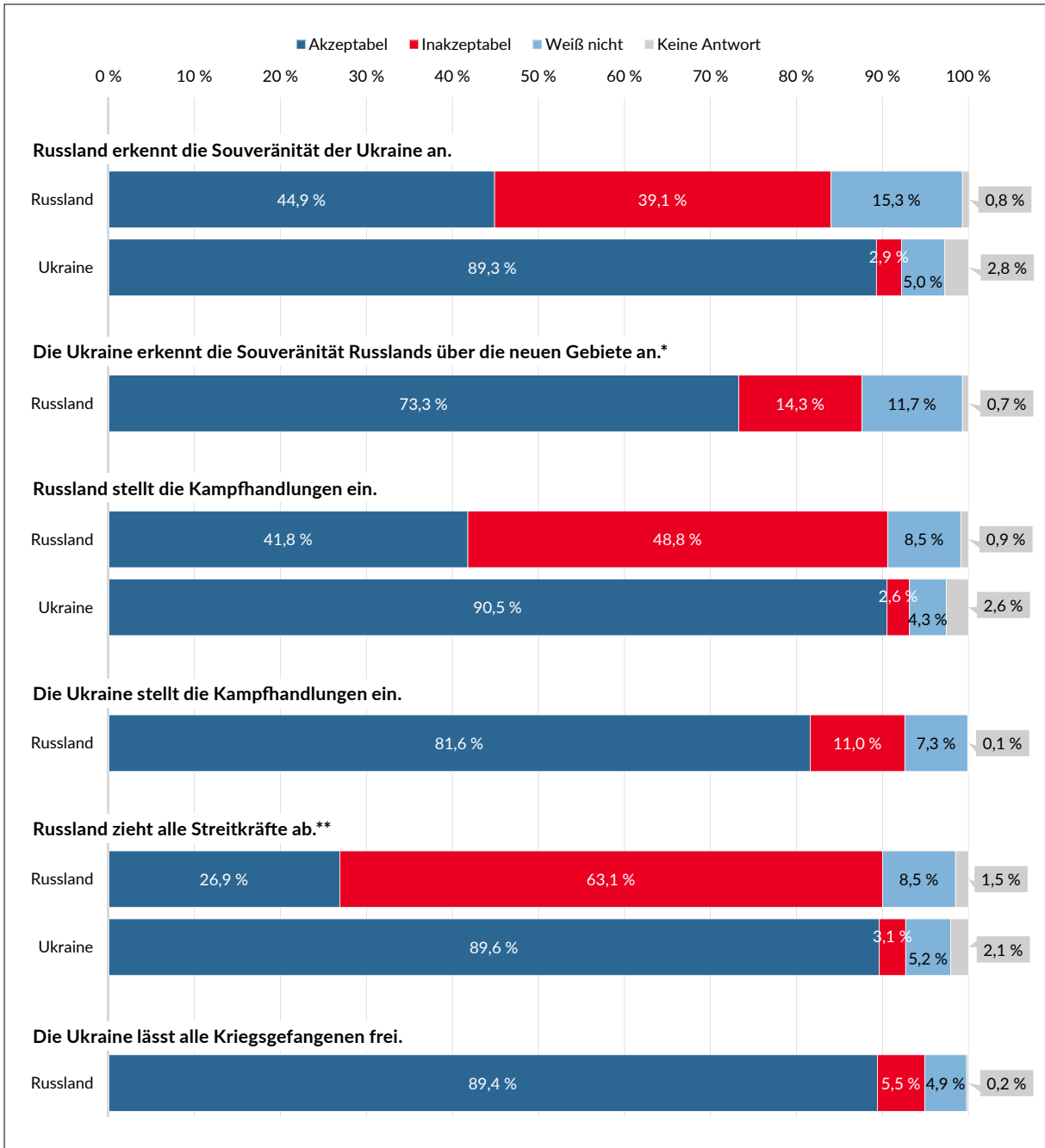
Quelle: Länderprofil Russland, Security Radar 2025: Europe lost in Geopolitics. FES Regional Office for International Cooperation & Peace, <https://peace.fes.de/security-radar-2025/country-profiles/russia.html>.

**Grafik 3a: Einstellungen zu Friedensverhandlungen und deren Vorbedingungen in Russland und der Ukraine**



Quelle: Länderprofile Russland und Ukraine, Security Radar 2025: Europe lost in Geopolitics. FES Regional Office for International Cooperation & Peace, <https://peace.fes.de/security-radar-2025/country-profiles/russia.html> und <https://peace.fes.de/security-radar-2025/country-profiles/ukraine.html>.

**Grafik 3b: Einstellungen zu Friedensverhandlungen und deren Vorbedingungen in Russland und der Ukraine**



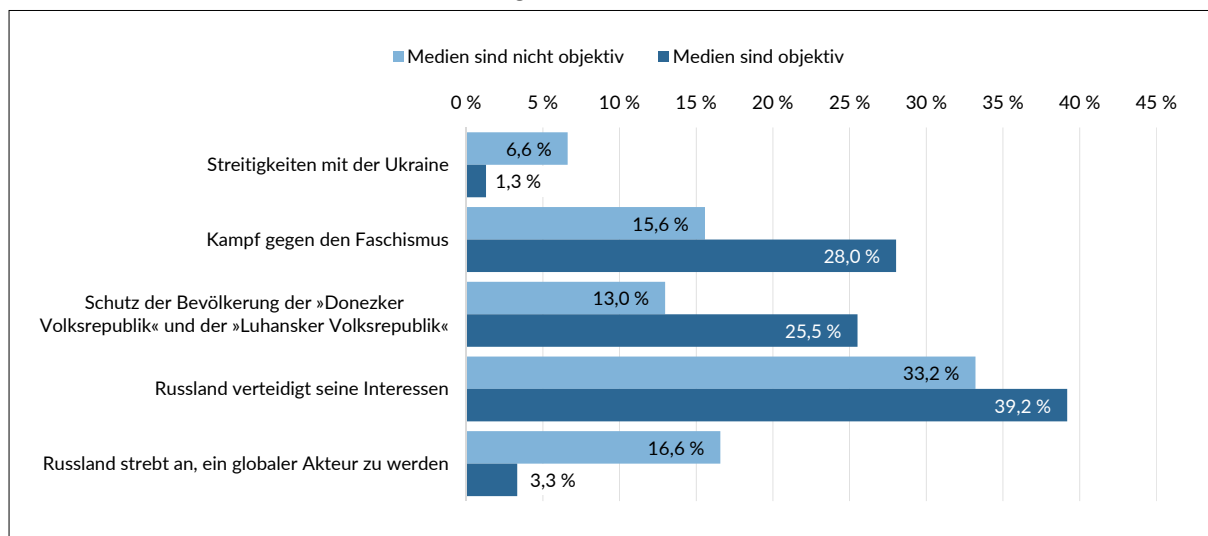
\* Gemeint sind die von Russland annektierten ukrainischen Regionen Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja, die Russland nur teilweise militärisch kontrolliert, Anm. d. Red.

\*\* Es wird nicht näher erläutert, bis zu welcher Linie, etwa bis vor dem 24. Februar 2022 oder vor der Krym-Annexion, Anm. d. Red.

Quelle: Länderprofile Russland und Ukraine, Security Radar 2025: Europe lost in Geopolitics. FES Regional Office for International Cooperation & Peace, <https://peace.fes.de/security-radar-2025/country-profiles/russia.html> und <https://peace.fes.de/security-radar-2025/country-profiles/ukraine.html>.

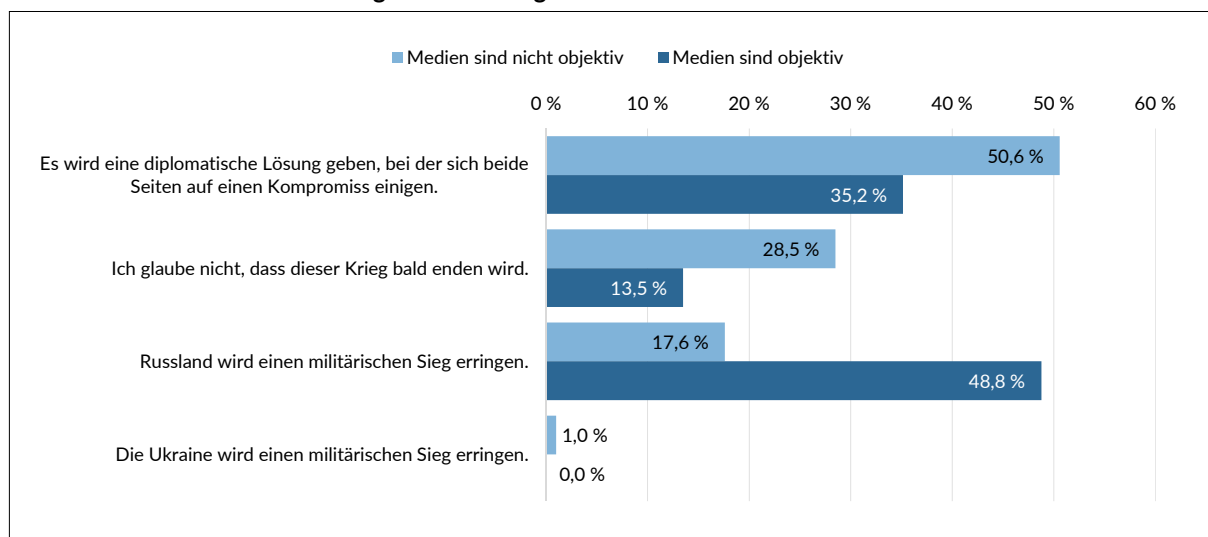


**Grafik 4: Einschätzungen der Gründe für Russlands Angriffskrieg abhängig vom Medienvertrauen**  
**Warum ist Russland Ihrer Meinung nach in die Ukraine einmarschiert?**



Quelle: Länderprofil Russland, Security Radar 2025: Europe lost in Geopolitics. FES Regional Office for International Cooperation & Peace, <https://peace.fes.de/security-radar-2025/country-profiles/russia.html>.

**Grafik 5: Einschätzungen zu einem möglichen Ende von Russlands Krieg gegen die Ukraine abhängig vom Medienvertrauen**  
**Wie wird dieser Krieg Ihrer Meinung nach enden?**



Quelle: Länderprofil Russland, Security Radar 2025: Europe lost in Geopolitics. FES Regional Office for International Cooperation & Peace, <https://peace.fes.de/security-radar-2025/country-profiles/russia.html>.

## Opposition – aber gegen wen und wogegen? Zu den Motiven der ukrainischen Skepsis gegenüber der russischen Exilopposition

Boris Ginzburg (Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin)

DOI: 10.31205/RA.461.02

### Zusammenfassung

Die Ukraine hegt ein tiefes Misstrauen gegenüber der russischen Exilopposition. Zu oft legte die russische Oppositionsbewegung ein gleichgültiges oder opportunistisches Verhalten im Umgang mit der Ukraine an den Tag. Auch nach der zweiten russischen Invasion seit Februar 2022 besteht dieses Verhaltensmuster unverändert weiter. Angesichts der Tatsache, dass beide Akteure mit dem Putin-Regime den gleichen Gegner bekämpfen, erscheint dieses angespannte Verhältnis auf den ersten Blick paradox. Diese Analyse erläutert drei Motive für die ukrainische Antipathie: Erstens die Mehrdeutigkeit der russischen Oppositionellen hinsichtlich der Annexion der Krim und der westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine; zweitens die Ausrichtung des oppositionellen Handelns, das sich klar gegen das russische Regime richtet, ohne gleichzeitig hinreichend proukrainisch zu sein; und drittens die Instrumentalisierung der Ukraine für die eigenen politischen Zwecke der russischen Opposition.

### Ein unterkühltes Verhältnis

Nachdem am 16. Februar 2024 der Tod des führenden russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj in einem sibirischen Straflager bekannt wurde, war die Empörung in den meisten westlichen Hauptstädten groß. Die Entscheidungsträger:innen kritisierten Moskau und lobten gleichzeitig den Mut des berühmtesten politischen Gefangenen Russlands. Ganz anders fiel die Reaktion in Kyjiw aus. Präsident Wolodymyr Selenskyj bezeichnete den Tod Nawalnyjs zwar als weiteren Beweis für die Tyrannei des Putin-Regimes. Gleichzeitig verzichtete Selenskyj auf eine Würdigung von Nawalnyjs Lebenswerk. Diese Reaktion steht beispielhaft für das tiefe Misstrauen der Ukraine gegenüber der nichtsystemischen russischen Opposition. Ähnlich unterkühlt fiel die Reaktion der Selenskyj-Regierung auf den im August 2024 in Ankara vollzogenen Gefangenaustausch zwischen einigen westlichen Staaten wie den USA und Deutschland und Russland und Belarus aus. Verstärkt hat sich dieser Eindruck noch einmal, nachdem einige der freigelassenen russischen Dissidenten:innen kurz nach ihrer Haftentlassung mit fragwürdigen Äußerungen zu Russlands Krieg gegen die Ukraine unangenehm aufgefallen sind. Die zwei Oppositionellen Ilja Jaschin und Wladimir Kara-Mursa forderten bereits am Tag ihrer Freilassung die Lockerung der westlichen Sanktionen gegen »einfache russische Staatsbürger:innen.«<sup>[1]</sup> Kara-Mursa fügte am 5. August 2024 in einem BBC-Interview hinzu, dass auch die westlichen Staaten eine Mitschuld an der zweiten russischen Invasion in die Ukraine tragen würden.<sup>[2]</sup> Nach heftiger Kritik seitens vieler Ukrainer:innen schwächten beide Dissidenten ihre Aussagen später ab und verwiesen darauf, dass sie aufgrund ihrer Zeit im Gefängnis ein wenig vom politischen

Weltgeschehen abgeschnitten gewesen seien. Dennoch haben sowohl die russische Exilopposition als auch die Ukraine im Putin-Regime einen gemeinsamen Feind. Die Antipathie der Ukraine gegenüber der russischen Exilopposition ist daher überraschend. Umso mehr lohnt sich eine Analyse der Motive, die der ukrainischen Skepsis gegenüber der russischen Opposition zugrunde liegen.

### Ein einziges Statement von Nawalnyj als Ursache der Antipathie?

Fälschlicherweise wird das belastete Verhältnis zwischen der Ukraine und den russischen Oppositionellen in vielen Experten:innendebatten oft nur auf eine einzige Aussage Nawalnyjs vom Oktober 2014 reduziert. Kurz nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland beantwortete Nawalnyj die Frage des russischen Journalisten Alexej Wenediktow, ob die Krim nun endgültig russisch sei, nicht eindeutig. Nawalnyj antwortete mit einer Gegenfrage: »Ist die Krim denn irgendein Butterbrot, das man hin und her reicht?« Verständlicherweise hielt sich in der Ukraine die Begeisterung über diese ausweichende Antwort in Grenzen. Kyjiw erinnerte an Nawalnyjs Flirt mit rechtsnationalen Ideen zu Beginn seines politischen Werdegangs und die imperialistischen Züge des russischen Liberalismus. Diese liberale Haltung höre nämlich immer genau dann auf, wenn es um die Selbstbestimmungsrechte der post-sowjetischen Nachbarländer Russlands gehe.

Problematisch an dieser analytischen Verengung ist einiges: Nicht nur wird die Entwicklung der Beziehung zwischen der Ukraine und der russischen Opposition auf dem Stand des Jahres 2014 »eingefroren«. Die russische Opposition wird dabei auch auf einen einzigen Akteur reduziert. Dabei ist sie aus den folgenden

Gründen ein viel komplexeres Phänomen: Die russische Opposition ist (a) ein diffuses Netzwerk verschiedenster Akteur:innen, die (b) intern zerstritten sind, die (c) häufig ihre Allianzen neu verhandeln und (d) deren Distanz zum Kreml sich bedeutend unterscheidet. Seit der zweiten russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 ist hinzugekommen, dass die Opposition (e) jetzt fast nur noch aus dem Exil agieren kann und (f) zwischen einem politischen und einem bewaffneten Oppositionsflügel unterschieden werden muss. Die Verengung der Perspektive auf Nawalnyj auf dem Stand von 2014 (g) schließt ebenso die Möglichkeit der graduellen Evolution der politischen Sichtweisen einzelner russischer Oppositioneller gegenüber der Ukraine von vornherein aus. So hatte das Nawalnyj-Team in seinem »15-Punkte-Manifest« aus dem Februar 2023<sup>[3]</sup> verkündet, dass die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine in ihren Grenzen von 1991 (also einschließlich der Krym) eines der Kernziele der Bewegung werden würde. Inwieweit dieser Erklärung tatsächlich auch Taten folgten, ist allerdings umstritten.

Die analytische Verengung auf einen Akteur ignoriert ebenso weitere ukrainische Vorbehalte gegenüber der russischen Exilopposition. Diese Vorbehalte beruhen (1) auf der seit 2014 wahrgenommenen politischen Ambiguität der russischen Opposition zum Thema der Krym-Annexion und westlicher Waffenlieferungen an die Ukraine. Mit Beginn des Krieges im Februar 2022 kamen noch zwei weitere Vorwürfe hinzu: (2) Zwar positioniere sich die russische Oppositionsbewegung klar gegen die Politik des Kremls, doch fehle es ihr an einem entschlossenen proukrainischen Engagement. (3) Die russische Exilopposition nutze zudem die ukrainische Agenda für ihre eigenen politischen Zwecke aus. Im Folgenden werden diese Streitpunkte eingehender analysiert.

### 1. Die Haltung zur Annexion der Krym und Waffenlieferungen

Es war nicht immer so, dass Kyjiw der russischen Opposition skeptisch gegenüberstand. Bei den Massenprotesten gegen die Wahlfälschungen im Zuge der Duma-Wahlen im Jahr 2011/12 boten zahlreiche ukrainische Medien russischen Oppositionsaktivist:innen eine Bühne, um das russischsprachige Publikum zu erreichen. Schon zu dieser Zeit war ihnen der Zugang zu den russischen Staatsmedien größtenteils verwehrt gewesen. Ebenso fanden einige Regimekritiker:innen und Medienschaffende Russlands – wie ehemalige Journalist:innen des vom Kreml im Jahr 2001 übernommenen privaten Fernsehsenders NTW – vor und nach den Bolotnaja-Protesten 2011/2012 Zuflucht in der Ukraine.

Die völkerrechtswidrige Krym-Annexion 2014 stellte die russische Opposition aber vor ein wahlpolitisches Dilemma, insbesondere in der Frage, wie in zukünftigen

Wahlkampagnen in Russland mit der besetzten ukrainischen Halbinsel umgegangen werden sollte. Zum einen war die Krym völkerrechtswidrig besetztes ukrainisches Staatsgebiet, so dass lokale Wahlkampfauftritte gegen westlich-liberale Werte verstoßen und damit das Verhältnis zu den westlichen Demokratien beschädigen würden. Andererseits aber begrüßte eine große Mehrheit der russischen Wählerschaft die Gebietsgewinne. Eine allzu offene Ablehnung der vom Kreml propagierten »Wiedervereinigung mit der Krym« barg für die Opposition somit Wahlkampfrisiken. In diesem Kontext sollte auch die oben erwähnte Aussage von Nawalnyj gesehen werden, in der er die Krym mit einem Butterbrot verglich.

In die gleiche Rubrik gehört die Haltung zu westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine. Schon im März 2015 sprach sich Nawalnyj in einem Beitrag für die »Washington Post« gegen Waffenexporte an die Ukraine aus.<sup>[4]</sup> Diese würden dem Kreml-Narrativ Vorschub leisten, dass der Westen aggressive, kriegerische Absichten gegenüber Russland verfolge. Bis heute ist dieses Thema in der russischen Opposition hoch umstritten. Letztendlich sollen diese Waffensysteme russische Soldaten (also Verwandte/Freunde des potenziellen Elektorats der russischen Opposition) eliminieren und/oder (militär-)industrielle Unternehmen (Arbeitgeber des eventuellen Elektorats) im russischen Kernland beschädigen. In einem Interview im Januar 2025 für die ukrainische Online-Zeitung »Kyiv Independent«<sup>[5]</sup> kritisierte der ehemalige russische Schachweltmeister Garri Kasparow, der seit 2013 im amerikanischen Exil lebt, diese zurückhaltende Position anderer russischer Dissident:innen. Der bekennende Kritiker des Nawalnyj-Teams stellte mit seiner Kritik das politische Selbstverständnis und die Ziele der russischen Opposition in Frage, die keine überzeugende Antwort darauf habe, gegen was sich ihre Oppositionstätigkeit eigentlich richte. Man habe eine gemeinsame Abneigung gegen die Person »Putin«. Bei dem Thema »Ukraine« jedoch scheiden sich die Geister innerhalb der Oppositionsbewegung, so Kasparow. Dies ist ein Indiz für die Grenzen des russischen Liberalismus gegenüber Russlands sogenanntem »nahen Ausland.«

Statt auf Geopolitik konzentriert(e) sich die demokratische Opposition (insbesondere das Team Nawalnyj) daher lieber auf eine populistisch angehauchte Antikorruptionskampagne gegen Putins Eliten. Doch ganz lässt sich die russische Vollinvasion der Ukraine natürlich nicht umgehen. Die Opposition hebt dabei meistens die ökonomischen Kosten dieser militärischen Interventionen für »einfache« russische Steuerzahler:innen hervor, wobei das Leid der »einfachen« Ukrainer:innen – wenn überhaupt – nur beiläufig erwähnt wird. Der Ukraine bleiben diese Zwischentöne natürlich nicht verborgen. In den ukrainischen Medien werden deswegen russische Oppositionelle in der Regel für ihre Haltung heftig kritisiert.

## 2. Gegen Putin zu sein sollte nicht mit einer proukrainischen Einstellung verwechselt werden

Eine gegen den Kreml gerichtete Oppositionspolitik ist damit nicht mit einer proukrainischen Haltung gleichzusetzen. So erscheinen die ehemaligen Wahlstrategien der russischen Opposition wie das vom Nawalnyj-Team entwickelte Smart Voting<sup>[6]</sup> mit Kriegsausbruch in einem völlig neuen Licht. Das Smart Voting kam bei den Wahlen für die Moskauer Stadtduma 2019 und teilweise auch bei den Parlamentswahlen 2021 zum Einsatz. Die Wahl-App schlug den Wähler:innen in ihren Wahlkreisen diejenigen Kandidaten:innen vor, die die größte Chance hatten, gegen Vertreter:innen der Regierungspartei »Einiges Russland« zu gewinnen. Tatsächlich gelang es einigen von Smart Voting empfohlenen Politiker:innen, den Gegenkandidat:innen von »Einiges Russland« einen Strich durch die Rechnung zu machen. Problematisch war dabei, dass die meisten empfohlenen Kandidaten:innen den systemischen bzw. kremltreuen Oppositionsparteien (vor allem der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation) angehörten. Diese unterstützten die Vollinvasion der Ukraine seit dem Februar 2022 nicht nur. In manchen Fällen vertraten sie hinsichtlich der Ukraine sogar noch radikalere Ansichten als der Kreml selbst.

Im März 2023 sah sich die Ukraine in ihrer Skepsis ein weiteres Mal bestätigt. Offenbar war Leonid Wolkow, der damalige Vorsitzende der von Nawalnyj gegründeten Antikorruptionsstiftung, insgeheim als Lobbyist für die russische Bank »Alfa Group« und deren Miteigentümer tätig gewesen. In einem persönlichen Schreiben<sup>[7]</sup> an Josep Borell bat Wolkow im Herbst 2022 den damaligen EU-Außenbeauftragten darum, die Vermögenswerte des EU-sanktionierten russischen Bankermagnaten Michail Fridman von der EU-Sanktionsliste zu nehmen. Dieser habe, so das Argument in dem Schreiben, seit Kriegsbeginn beachtliche Summen an die ukrainische Zivilbevölkerung gespendet. Nachdem das Schreiben publik geworden war, trat Wolkow in Folge des Skandals von seinem Posten in der Antikorruptionsstiftung zurück. Bisher bleibt offen, inwieweit das gesamte Nawalnyj-Team in diese Lobbytätigkeit involviert war. Wolkow besteht darauf, dass er in Eigenregie gehandelt habe. Der Imageschaden war enorm und das Misstrauen der Ukraine gegenüber der russischen Opposition nahm weiter zu. Es soll jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass es in der Ukraine einen vergleichbaren »Skandal« gegeben hat. Im März 2022 berichtete »The Wall Street Journal«<sup>[8]</sup>, dass Selenskyj den damaligen US-Präsidenten Joe Biden persönlich darum gebeten habe, den kremlnahen russischen Milliardär Roman Abramowitsch nicht weiter zu sanktionieren. Abramowitsch vermittelt seit Beginn der Vollinvasion 2022 informell im Auftrag von Putin zwischen Kyjiw und Moskau.<sup>[9]</sup>

## 3. Wie die russische Opposition die ukrainische Agenda instrumentalisiert

Mit dem Ausbruch der zweiten russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 musste die russische Opposition im Exil feststellen, dass im Westen ein neuer politischer Wind weht. Der »Ukraine-First«-Ansatz vieler westlicher Staaten gestattet es den russischen Dissidenten:innen nicht mehr, in gewohnter Manier das Thema »Ukraine« zu umgehen. Die russische Exilopposition ist vor allem auf die Unterstützung ihrer westlichen Gastgeber angewiesen. Die zwei oben beschriebenen Dilemmata der Krym-Frage und der militärischen Unterstützung bleiben jedoch weiterhin bestehen.

Deshalb verbindet die Exilopposition ihre Lobbyarbeit im Westen stets mit der Ukrainethematik. Projekte der Opposition, wie die Etablierung einer eigenen Sanktionsliste (»Die Liste der 6000«<sup>[10]</sup>) im April 2022 durch das Nawalnyj-Team sollen den westlichen Entscheidungsträger:innen durch die Verknüpfung mit Russlands Aggression gegen die Ukraine »schmackhafter« gemacht werden – mit der Begründung, die Personen auf der Liste würden alle den Krieg befördern. Betrachtet man jedoch die Sanktionsliste genauer, so wird deutlich, dass zahlreiche, der vom Nawalnyj-Team gelisteten Personen sich öffentlich gegen den Angriffskrieg ihres Landes positioniert haben (und deswegen Ziel von Repressionen durch den russischen Staat geworden sind). Die Liste dient also auch als Mittel, um Konkurrenten:innen innerhalb der russischen Opposition und/oder Kritiker:innen des Nawalnyj-Teams unter Druck zu setzen. Die Ukraine und die russische Exilopposition konkurrieren also offenbar um Einfluss bei westlichen Regierungen. Interessant war auch die Öffentlichkeitsarbeit des Nawalnyj-Teams in den letzten drei Kriegsjahren. Nawalnyjs Mitstreiter:innen verwiesen immer wieder auf die ukrainischen Wurzeln Nawalnyjs väterlicherseits. Er habe zudem im Kindesalter viele Sommerferien bei seinen Verwandten in der Ukraine verbracht. Auch der verheerende Umgang des sowjetischen Regimes mit der Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl im April 1986 sei ein entscheidender Auslöser für Nawalnyjs frühe Politisierung im Kindesalter gewesen.

### Die bewaffnete russische Opposition als Einflusshebel Kyjiws

Es ist also nicht verwunderlich, dass die Selenskyj-Regierung eher auf den bewaffneten Flügel der russischen Opposition setzt. Russische Einheiten wie die Legion »Freiheit Russlands« (Legion »Swoboda Rossii«) kämpfen seit Kriegsbeginn als Teile der ukrainischen Streitkräfte gegen das russische Militär. Diese kampferprobten Einheiten sind für Kyjiw politisch »bequem«. Einerseits stellen sie ihre Opposition gegen das russische Regime mit militärischen Taten und nicht

nur mit Worten unter Beweis. Andererseits unterstehen diese Kampfeinheiten der ukrainischen Oberbefehlswelt, sodass von ihnen keine Konkurrenz um Einfluss bei westlichen Regierungen wie im Fall der politischen Exilopposition Russlands zu erwarten ist.

Trotzdem bedeutet das nicht, dass die Ukraine der politischen Exilopposition Russlands keine Aufmerksamkeit schenkt, ganz im Gegenteil. Kyjiw organisiert mithilfe seines Militärgeheimdienstes HUR regelmäßige Zusammenkünfte des politischen und bewaffneten Flügels der russischen Oppositionsbewegung auf seinem Territorium. Die letzte Konferenz unter dem Titel »Forum der russischen Opposition« fand in Lwiw im Mai 2024 statt.<sup>[11]</sup> Zwar fehlten bei dieser Zusammenkunft wieder viele gewichtige Oppositionsakteure, wie zum Beispiel Vertreter:innen des Nawalnyj-Teams. Andere bekannte Oppositionelle wie Michail Chodorkowskij nahmen nur per Videoschleife teil. Ansonsten waren mehr als 40 weitere Dissidenten:innen anwesend, die eher der zweiten Reihe der russischen Opposition angehören. Hierzu kann man unter anderem den ehemaligen Duma-Abgeordneten und angeblichen Hauptsponsor des bewaffneten Oppositionsflügels, Ilja Ponomarjow, und den russischen Juristen Mark Fejgin zählen. Kyjiw geht es vor allem darum, die Repräsentanten:innen des bewaffneten Flügels in dem sehr komplexen Beziehungsgeflecht der heterogenen russischen Opposition besser zu verankern und ihnen somit auch ein politisches Profil zu verleihen. Hierdurch verspricht sich die Ukraine einen direkten Einflusshebel auf die weiteren Entwicklungen innerhalb der russischen Exilopposition. Die Ukraine nutzt solche Konferenzen zugleich als Werbung. Die russischen Legionär:innen erscheinen im Kreis der harmlos wirkenden liberalen russischen Intelligenzija »zivilisierter«, als sie womöglich sind. Der politische Werdegang vieler russischer Legionär:innen nahm in den rechtsradikalen Kreisen Russlands seinen Anfang, denen einst auch Nawalnyj nahestand. Dies führt in der politischen Opposition zu Berührungängsten und zu Bedenken der Dissidenten:innen gegenüber Kyjiw.

Solche Zusammenkünfte bergen für die Ukraine auch Risiken. Einige ukrainische Akteure betrachten diese »Konferenzen« auf ukrainischem Territorium mit Argwohn. So stellte etwa der Bürgermeister von Lwiw, Andrij Sadowyj, während des letzten Forums der russischen Exilopposition eine öffentliche Anfrage<sup>[12]</sup> an die ukrainischen Sicherheitsdienste. Er sei nicht informiert gewesen, dass »irgendeine russische Opposition« sich in seiner Stadt treffe. Deshalb habe er beschlossen, die Sicherheitsbehörden einzuschalten. Dieser öffentliche Protest des Bürgermeisters von Lwiw steht sinnbildlich für das große Misstrauen der ukrainischen Bevölkerung gegenüber der russischen Exilopposition.

## Fazit und Ausblick

Diese Analyse erläuterte die wichtigsten Motive für Kyjiws Skepsis gegenüber der russischen Exilopposition. Die drei Hauptgründe für diese skeptische Einstellung sind: (1) die Mehrdeutigkeit der russischen Oppositionellen hinsichtlich der Annexion der Krim und der westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine, (2) die Ausrichtung des oppositionellen Handelns, das sich klar gegen das russische Regime richtet, ohne gleichzeitig hinreichend pro-ukrainisch zu sein und (3) die Instrumentalisierung der Ukraine für die eigenen politischen Zwecke der russischen Opposition. Die Aussichten für einen intensivierten Dialog zwischen der russischen Exilopposition und der Ukraine bleiben aufgrund der toxischen Vorgeschichte eher gering. Die Ukraine wird nach einem möglichen Waffenstillstandsabkommen Präsidentschaftswahlen nachholen müssen, die bisher aufgrund des Kriegsrechts nicht stattfinden konnten. Eine wahrgenommene Nähe zur russischen Exilopposition würden die Chancen von Kandidierenden auf einen Wahlsieg verringern. Auch die russische Exilopposition sieht eine zu starke Annäherung an Kyjiw negativ. Die Propagandamaschine des Kremls würde diese Nähe sofort ausschlichten und als Staatsverrat darstellen. Der Einfluss der Exilopposition auf die russische Bevölkerung würde so weiter abnehmen.

Es ist tatsächlich eher im westlichen Interesse, die Etablierung des von Kyjiw geförderten bewaffneten Flügels der russischen Opposition distanziert zu begrüßen. Denn die oben beschriebenen Konferenzen der russischen Opposition (beider Flügel) auf ukrainischem Boden deuten darauf hin, dass Kyjiw die russischen Legionär:innen mithilfe der politischen Opposition politische Legitimation verschaffen möchte. Ziel ist es hierbei primär, diese Militärs auch als politische Gruppierungen bzw. als »Partei« zu etablieren. Ein ähnlicher Mechanismus ist schon eine Weile im Umgang Kyjiws mit der belarusischen Opposition zu beobachten.<sup>[13]</sup> Aufgrund ihrer nachweislichen militärischen Leistungen im Kampf gegen den Kreml wird eine solche politische Gruppierung sicherlich in der Lage sein, politische Anhänger:innen in oppositionellen Kreisen Russlands zu gewinnen, denen die bisherige, nur verbal betriebene Opposition gegen den Kreml als unzureichend erscheint. Mit der zunehmenden politischen Relevanz dieses neuen Akteurs gerät daher der politische Flügel der russischen Exilopposition zunehmend unter Druck, sich (z. B. nach dem Vorbild der (politischen) belarusischen Exilopposition) im Rahmen gemeinsamer Institutionen zu konsolidieren, endlich mit einer Stimme zu sprechen und ihre vor allem in sozialen Medien geführten Schlammschlachten möglichst einzudämmen.

*Informationen über den Autor, Lesetipps und Verweise finden Sie auf der nächsten Seite.*

### Über den Autor

*Boris Ginzburg* promoviert in Politikwissenschaften am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. In seiner Dissertation erforscht er den kausalen Zusammenhang zwischen Sanktionen demokratischer Staaten und Repressionen in autokratischen Zielstaaten am Beispiel der EU- und US-Sanktionen gegen Belarus. Zuvor studierte er Politikwissenschaft, Völkerrecht und internationale Konfliktanalyse an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, der Freien Universität in Berlin und der University of Kent in Canterbury (Vereinigtes Königreich). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Autoritarismusforschung mit regionalem Fokus auf den postsowjetischen Raum, die belarusischen und russischen nicht-systemischen Oppositionsbewegungen sowie die Außenpolitik Israels.

### Lesetipps

- Ginzburg, Boris (2024): Kyjiws strategische Distanz zur belarusischen Opposition. In: Ukraine-Analysen Nr. 307, S. 2–6. DOI: 10.31205/UA.307.01, <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/307/kyjiws-strategische-distanz-zur-belarusischen-opposition/>.
- Ginzburg, Boris (2024): Only the Bare Necessities: The (Tense) Relationship Between the Belarusian and Russian Non-systemic Oppositions Before and After the “Great Prisoner Swap” of August 2024. In: Russian Analytical Digest No. 317, S. 10–13. DOI: 10.3929/ethz-b-000692534 (überarbeitete Version von: Boris Ginzburg (2024): Nur eine einzige Umarmung wert: Die (fehlende) Kooperation zwischen der belarusischen und russischen nicht-systemischen Opposition. In: Belarus-Analysen Nr. 72, S. 2–6. DOI: 10.31205/BA.072.01). [https://css.ethz.ch/publikationen/russian-analytical-digest/russian-analytical-digest-alle-ausgaben/details.html?id=/n/o/3/1/no\\_317\\_russian\\_opposition\\_in\\_exile\\_part\\_](https://css.ethz.ch/publikationen/russian-analytical-digest/russian-analytical-digest-alle-ausgaben/details.html?id=/n/o/3/1/no_317_russian_opposition_in_exile_part_).

### Verweise

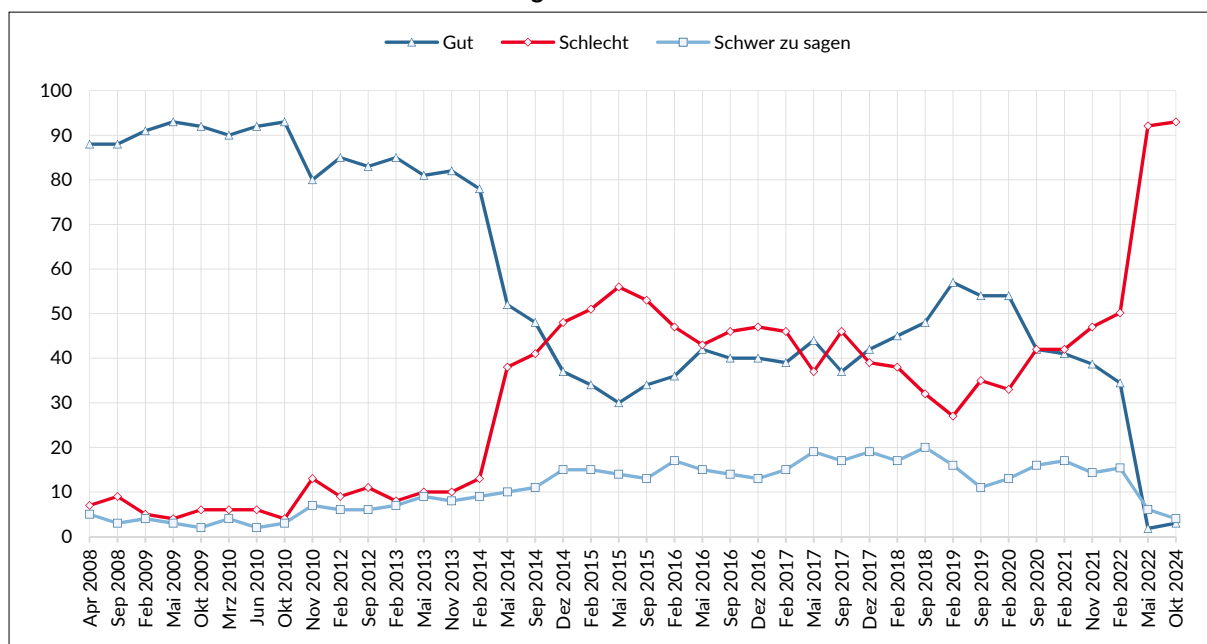
- [1] Tschirin, Wladislaw (2024): Jaschin mensche nedeli na svobode, a ego ushe rugajut sa poziziju po Ukraine. Bumaga. <https://paperpaper.io/yashin-menshe-nedeli-na-svobode-a-ego-uzhe/>; Kokotjucha, Andrej (2024): Moltschanie rossickich jagnjat. New Voice. <https://nv.ua/opinion/press-konferenciya-yashina-i-kara-murzy-kokotyuha-o-rossijskoy-oppozicii-50440408.html>.
- [2] Rainsford, Sarah (2024): Vladimir Kara-Murza thought he would die in Russian prison. In: BBC News, 05.08.2024. <https://www.bbc.com/news/articles/crg55g4z526o>.
- [3] Alexej Nawalnyj (2023): 15 Thesen eines russischen Bürgers, der am Wohlergehen seines Landes interessiert ist. <https://laender-analysen.de/russland-analysen/450/15-thesen-russischer-buerger-wohlergehen/>.
- [4] Birnbaum, Michael; Demirjian, Karoun (2015): An interview with Kremlin critic Alexei Navalny. In: The Washington Post, 18.03.2015. <https://www.washingtonpost.com/news/worldviews/wp/2015/03/18/a-rare-interview-with-kremlin-critic-alexei-navalny/>.
- [5] Kyiv Independent (2025): Garry Kasparov on modern Russian empire. YouTube-Kanal von Kyiv Independent. <https://www.youtube.com/watch?v=dhwukP-TvLM&list=PLgwjDA8cJVZCLHYRpDgfwlPp97FFiBdY>.
- [6] Jan Matti Dollbaum, Morvan Lallouet, Ben Noble (2021). Alexei Nawalnyj, »Smart Voting« und die Wahlen zur russischen Staatsduma 2021. <https://laender-analysen.de/russland-analysen/407/alexei-nawalnyj-smart-voting-und-die-wahlen-zur-russischen-staatsduma-2021/>.
- [7] Radio Swoboda (2023): Leonid Wolkow objawil o priostanowke publitschnoj dejatelnosti [»Leonid Volkow kündigte die Einstellung seiner öffentlicher Aktivitäten an«]. Webseite von Radio Swoboda. <https://www.svoboda.org/a/leonid-volkov-obyavil-o-priostanovke-publichnoy-deyatelnosti/32310254.html>.
- [8] Salama, Vivian; Scheck, Justin; Colchester, Max (2022): Ukrainian President Asked Biden Not to Sanction Abramovich, to Facilitate Peace Talks. In: The Wall Street Journal, 23.03.2022. <https://www.wsj.com/articles/ukrainian-president-asked-biden-not-to-sanction-abramovich-to-facilitate-peace-talks-11648053860>.
- [9] Walker, Shaun (2022): Why is Abramovich playing peacemaker after Russia's invasion of Ukraine? In: The Guardian, 29.03.2022. <https://www.theguardian.com/world/2022/mar/30/why-is-abramovich-playing-peacemaker-after-russias-invasion-of-ukraine>.
- [10] The International Anti-Corruption Foundation (ACF) (2025): Sanctions tracker: The ACF 6000 List. Webseite von »The International Anti-Corruption Foundation (ACF)«. [https://sanctions.acf.international/?utm\\_campaign=fbkinfo](https://sanctions.acf.international/?utm_campaign=fbkinfo).
- [11] Anna Pshemyskaja (2024): «My wasche orushie». tschto skasala wo Lwowje rossijskaja opposizija [»Wir sind eure Waffe.« Was die russische Opposition in Lwiw sagte«]. Deutsche Welle (Russian version). <https://www.dw.com/ru/my-vase-oruzie-o-cem-govorili-vo-lvove-rossijskie-oppozicionery/a-69173866>; Oleinik, Tatjana (2024): Budanow poddershal prowdenije «Foruma rossijskoi opposizii» wo Lwowje. Ukrainskaja prawda [»Budanow unterstützte die Abhaltung des »Forums der russischen Opposition« in Lwiw«]. <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2024/05/23/7457339/>.
- [12] Telegram-Channel von Andrij Sadowyj (2024): Telegram-Post vom 23.05.2024. <https://t.me/andriysadowyi/2261>.
- [13] Ginzburg, Boris (2024): Kyjiws strategische Distanz zur belarusischen Opposition. In: Ukraine-Analysen (307), S. 2–6. DOI: 10.31205/UA.307.01. <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/307/kyjiws-strategische-distanz-zur-belarusischen-opposition/>.

UMFRAGEN

# Einstellungen in der Ukraine gegenüber Russland und der russischen Antikriegsopposition

Grafik 1: Trend der Haltung in der Ukraine zu Russland in den Jahren 2008–2024, in Prozent

Antwort auf die Frage: Wie würden Sie jetzt ganz allgemein ihre Einstellung gegenüber Russland beschreiben? Antwortmöglichkeiten: »sehr gut«, »recht gut«, »recht schlecht«, »schlecht«, »schwer zu sagen«; in der Grafik sind »sehr gut« und »recht gut« zu »gut« und »recht schlecht« und »schlecht« zu »schlecht« zusammengefasst worden.



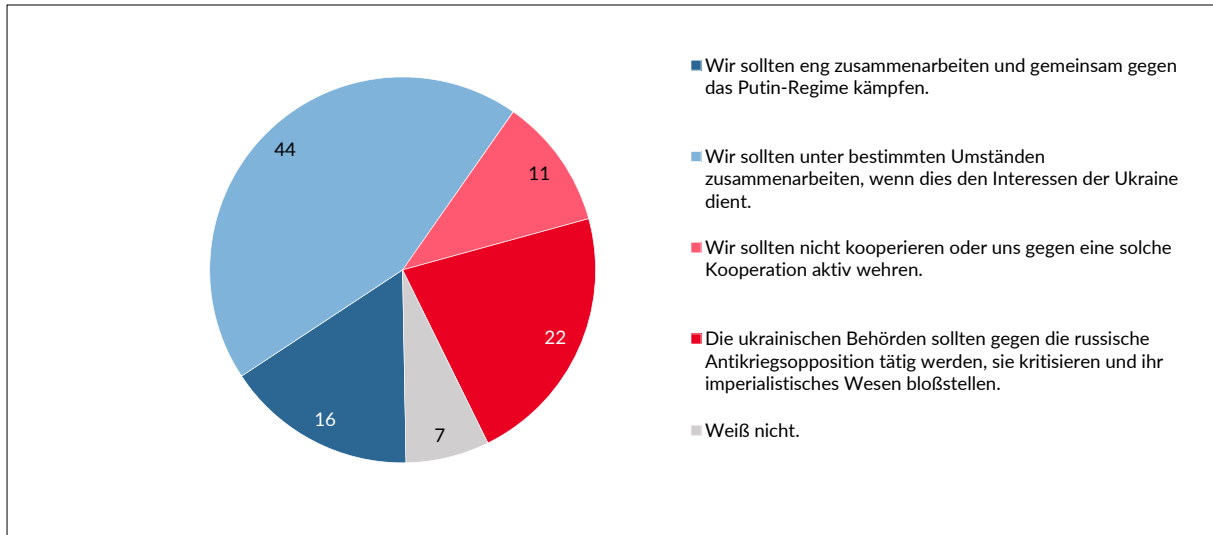
	Gut	Schlecht	Schwer zu sagen
April 2008	88	7	5
September 2008	88	9	3
Februar 2009	91	5	4
Mai 2009	93	4	3
Oktober 2009	92	6	2
März 2010	90	6	4
Juni 2010	92	6	2
Oktober 2010	93	4	3
November 2010	80	13	7
Februar 2012	85	9	6
September 2012	83	11	6
Februar 2013	85	8	7
Mai 2013	81	10	9
November 2013	82	10	8
Februar 2014	78	13	9
Mai 2014	52	38	10
September 2014	48	41	11
Dezember 2014	37	48	15
Februar 2015	34	51	15
Mai 2015	30	56	14

	Gut	Schlecht	Schwer zu sagen
September 2015	34	53	13
Februar 2016	36	47	17
Mai 2016	42	43	15
September 2016	40	46	14
Dezember 2016	40	47	13
Februar 2017	39	46	15
Mai 2017	44	37	19
September 2017	37	46	17
Dezember 2017	42	39	19
Februar 2018	45	38	17
September 2018	48	32	20
Februar 2019	57	27	16
September 2019	54	35	11
Februar 2020	54	33	13
September 2020	42	42	16
Februar 2021	41	42	17
November 2021	39	47	14
Februar 2022	34	50	15
Mai 2022	2	92	6
Oktober 2024	3	93	4

Quelle: Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie, September und Oktober 2024, <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1446>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Anton Grushevsky für die Bereitstellung der Daten, die der Grafik zugrunde liegen.

**Grafik 2: Wie steht die ukrainische Bevölkerung zur russischen Antikriegsopposition?**

Verteilung der Antworten auf die Frage »Wie sollten die ukrainischen Behörden Ihrer Meinung nach mit der russischen Antikriegsopposition umgehen?«



Quelle: Umfrage des Kyjiwer internationalen Instituts für Soziologie vom Juni 2024. Die Redaktion der Ukraine-Analysen bedankt sich bei Anton Grushetsky für die Bereitstellung der Umfrageergebnisse, die bisher noch nicht veröffentlicht worden sind.



## Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992.

Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus oder Polen Gebrauch zu machen, um z.B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

*Die Redaktion der Russland-Analysen*

### Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
Deutsches Polen-Institut  
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

### Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)  
Assistenz: Nelly Krivic  
Satz: Matthias Neumann

### Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin  
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2025 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

### Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>